



**öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungs- und  
Wirtschaftsausschusses**

**Sitzungstermin: Mittwoch, 25.03.2026, 17:00-19:01 Uhr**

**Ort, Raum: Aschersleben, Markt 1, Ratssaal**

**NIEDERSCHRIFT**

**Anwesend waren:**

Vorsitzende/r  
Herr Benno Schigulski

ordentliches Mitglied  
Herr Lars Bremer  
Herr David Hartung  
Herr Martin Lampadius  
Herr Yves Metzinger  
Herr Marcel Osterburg  
Herr Harald Sporreiter  
Herr Holger Weiß

in Vertretung für Frau Dr. Monika Mingramm

Ortsbürgermeister/-in  
Herr Renè Krebs

Verwaltung  
Herr Steffen Amme  
Herr Christian Grossy  
Herr Matthias May  
Herr Steffen Schütze

**Nicht anwesend waren:**

ordentliches Mitglied  
Frau Kathrin Brandt  
Frau Dr. Monika Mingramm  
Frau Gabriele Puchner

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

## **Tagesordnung:**

### *Öffentlicher Teil*

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 2 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Informationen
- 5 Beschluss über den Antrag auf Abweichung von einem Ziel des Regionalen Entwicklungsplans Magdeburg für die Erweiterung der Bodenabbaugenehmigung Kiestagebau Westdorf-Südwest  
Vorlage: VIII/0286/26
- 6 Anträge
- 6.1 Antrag A/0117/2025 der AfD /BAFA Fraktion zur Errichtung von zwei Fußgängerüberwegen
- 6.2 Antrag A/0119/2025 der Fraktion Die Linke/ SPD/ Grüne zur Verbesserung der Sicherheit für Kinder und Jugendliche auf ihren Wegen in Aschersleben
- 7 Anfragen und Anregungen
- 8 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

### *Nichtöffentlicher Teil*

- 9 Feststellung der Tagesordnung des nicht öffentlichen Teils
- 10 Informationen
- 11+12 Grundstücksangelegenheiten
- 13 Anfragen und Anregungen

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

- zu 1 *Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit*

Die Eröffnung der Sitzung, die Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit erfolgen durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Schigulski.

Die Beschlussfähigkeit ist mit **8 anwesenden Stimmberechtigten** gegeben

- zu 2 *Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils*

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Die Tagesordnung wird nachfolgender Abstimmung durch Herrn Schigulski festgestellt:

**8 Ja**

**0 Nein**

**0 Enthaltungen**

- zu 3 *Einwohnerfragestunde*

Frau K. aus Aschersleben hat Fragen zum interkommunalen Gewerbegebiet. Sie fragt nach, ob und wie der Lärmschutz für die Anwohner der Stadtrandsiedlung und der Winninger Siedlung gewährleistet wird. Welche konkreten Maßnahmen plant die Stadt, um die Wohnqualität zu schützen. Weiterhin möchte Sie wissen, ob Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen sind. Frau K. fragt, wie die Einwendungen der Bürger im weiteren Verfahren mitberücksichtigt werden.

Herr May teilt mit, dass er auf die Fragen schon einmal bei einem Treffen in der Winninger Siedlung eingegangen ist.

Herr May geht auf den Lärmschutz ein und sagt, ob und wie der Lärmschutz später aussehen wird ist eine Planungsfrage, die erst mittelfristig in Anspruch genommen werden kann. Aktuell ist die Stadt dabei, eine Projektgruppe zu gründen, die das ganze zum Laufen bringen soll. Ein Teil dieses Projektes wird dann auch dafür zuständig sein, den Lärmschutz mit zu berücksichtigen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann noch keiner sagen was und ob da überhaupt was passieren wird.

Herr May geht auf die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ein. Da sei es genau das gleiche. Welche dort notwendig sind, hängt davon ab, was geplant wird, welche Erschließungen geplant werden und was dann tatsächlich an Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen nach dem Gesetz zu leisten sind.

Des Weiteren geht Herr May auf die Einwendungen ein. Er sagt das Frau K. wahrscheinlich die Einwendungen beim Bebauungsplan meint. Diese werden vom Stadtplanungsamt zusammengefasst. Die Einwendungen werden geprüft und dann ggf. dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr May teilt weiterhin mit, dass die Stadt nicht vorhat, die 300 ha in einem zu

Erschließen. Es wird da modular vorgegangen. Bei dem 1. Modul kann man aktuell die Größe noch nicht voraussagen, weil man noch nicht weiß, welche Flächen benötigt werden, aber es soll sich dabei um ein Drittel der Gesamtfläche für das Bauprojekt handeln. Alles Weitere wird sich je nach Bedarf entwickeln.

Herr Schigulski spricht die gesetzlichen Vorgaben beim Lärmschutz an, diese müssen auch beachtet werden.

Herr Oberbürgermeister Amme ergänzt, dass der Stadtrat im Jahr 2024 Einstimmig den Beschluss gefasst hat, die Machbarkeitsstudie auf den Weg zu bringen. In der Beschlussvorlage war das Ziel genau definiert. Eine Flächenausweitung von 100 bis 300ha. Das waren Vorgaben aus der Beschlussfassung. Der Dienstleister hat seine Aufgaben ordentlich gemacht, damit der Stadtrat in seiner Sitzung diese Machbarkeitsstudie bestätigt. Die Stadtverwaltung ist damit beauftragt worden, die nächsten Schritte einzuleiten. Von der planerischen Seite her muss zu allererst der Flächennutzungsplan geändert werden. Darauf aufbauend auch ein möglicher Bebauungsplan.

Der Oberbürgermeister Amme geht auf die Frage zu den Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen ein. Diese Maßnahmen werden im Bebauungsplan berücksichtigt. Dann gibt es textliche Festsetzungen und grünordnerische Maßnahmen die festgesetzt werden.

Weiterhin verweist der Oberbürgermeister Amme auf die Homepage der Stadt Aschersleben. Dort findet man zu diesem Thema eine Stellungnahme der Stadt Aschersleben.

Der Oberbürgermeister fragt bei Frau K. nach, ob die Antworten auf ihre Fragen ausreichend sind, oder, ob sie eine schriftliche Antwort benötigt.

Frau K. teilt mit, da die Planungen noch nicht so weit fortgeschritten sind um alle Fragen zu beantworten, bittet sie darum, sobald diese Fragen beantwortet werden können, um eine schriftliche Kenntnisnahme für alle Anwohner der betroffenen Wohngebiete.

Frau K. möchte gerne, dass alle Anwohner der betroffenen Wohngebiete, in den weiteren Planungen und im Entscheidungsprozess mit einbezogen werden, da sie als Anwohner direkt betroffen sind. Weiterhin gibt sie an, dass sie sich in ihrer Lebensqualität durch den Bau der A 36 sehr eingeschränkt fühlen, da es keine Lärmschutzwand gibt, seien sie dem Lärm jetzt schon ausgesetzt. Frau K. teilt mit, dass sie den Emissionswerten ausgesetzt sind. Sie gibt an, dass die Wohngebiete damals nicht richtig bei den Aspekten berücksichtigt worden sind.

Herr Schigulski weist darauf hin, dass der Stadtrat, als gewähltes Vertretungsorgan für die Entscheidungsprozesse aller Bürger der Stadt, zuständig ist.

Der Oberbürgermeister ergänzt zum Thema Transparenz, dass es schon vorher eine Anfrage von den Anwohnern der Winninger Siedlung gab. Daraufhin hatte sich Herr May mit den Anwohnern vor Ort getroffen, um sich den Fragen zu stellen. Genauso Transparenz soll es auch von Seiten der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern weitergehen.

Herr Oberbürgermeister Amme informiert, sollten die nächsten planerischen Schritte beginnen, werden diese Punkte in den öffentlichen Teilen der zuständigen Ausschüsse behandelt.

Herr Schigulski teilt mit, dass für die Anwohner jederzeit das politische Gremium zur Verfügung steht, auch um aufkommende Fragen an die Verwaltung weiterzuleiten.

zu 4 *Informationen*  
Es liegen keine Informationen vor.

zu 5 *Beschluss über den Antrag auf Abweichung von einem Ziel des Regionalen  
Entwicklungsplans Magdeburg für die Erweiterung der Bodenabbaugenehmigung  
Kiestagebau Westdorf-Südwest*  
*Vorlage: VIII/0286/26*

Herr Schigulski teilt mit, dass er sich im Vorfeld mit dem Oberbürgermeister abgestimmt hatte, um den Beschluss nur in der heutigen Sitzung zur Abstimmung zu stellen, da von Seiten der Kiesfirma Druck gemacht wird, das Verfahren schnellstmöglich in Gang zu bringen.

Der Oberbürgermeister Amme ergänzt, dass der Betreiber vom Kieslandtagebau Anfang März bei ihm war, mit der Bitte, das Zielabweichungsverfahren schnellstmöglich auf den Weg zu bringen. Daraufhin habe er sich umgehend mit dem Vorsitzenden Herrn Schigulski und dem Ortsbürgermeister von Westdorf, Herr Küster, in Verbindung gesetzt. Der Ortsbürgermeister Herr Küster stimmt dem zu, dass in der heutigen STEWA- Sitzung darüber abgestimmt wird und dann in der nächsten Stadtratssitzung darüber zu beschließen.

Herr Schütze stellt die Vorlage vor. Aufkommende Fragen werden direkt beantwortet.

Herr Schigulski stellt die Vorlage zur Abstimmung.

**7 ja**                      **0 nein**                      **1 Enthaltung**

zu 6 *Anträge*

zu 6.1 *Antrag A/0117/2025 der AfD /BAFA Fraktion zur Errichtung von zwei  
Fußgängerüberwegen*

Herr Hartung stellt den Antrag A/0117/2025 der Fraktionen AfD/ BAFA vor. Danach geht er auf den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters ein und möchte wissen, ob es für die Zählungen die staffgefunden haben auch ein Protokoll gibt?

Herr Grossy stellt den Änderungsantrag A/0117/2025/1 des Oberbürgermeisters vor.

Herr Schigulski möchte dazu wissen, ob es genaue Zahlen für die Spitzenzeiten gibt, oder ob diese separat gezählt worden.

Herr Grossy teilt mit, das er nachschauen muss.

Weitere Fragen werden direkt beantwortet.

zu 6.2 *Antrag A/0119/2025 der Fraktion Die Linke/ SPD/ Grüne zur Verbesserung der Sicherheit für Kinder und Jugendliche auf ihren Wegen in Aschersleben*

Herr Metzging stellt den Antrag A/0119/2025 der Fraktionen Die Linke/ SPD/ Grüne vor.

Herr Grossy stellt den Änderungsantrag A/0119/2025/1 des Oberbürgermeisters vor.

Herr Metzging geht auf die vielfältigen Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrsicherheit ein. Er zählt Maßnahmen auf, diese, laut Änderungsantrag des Oberbürgermeisters, von der Stadt umgesetzt wurden.

Er möchte wissen, wie viele dieser einzelnen Maßnahmen, die im Änderungsantrag erwähnt werden im letzten Jahr stattfanden, wann diese stattfanden, wer diese Maßnahmen ausgeführt hat und wo sich aktuell diese sensiblen Bereiche befinden?

Weiterhin möchte Herr Metzging wissen, ob Abstimmungen mit verschiedenen Interessenvertretern stattfanden, z.B. ob ein Gespräch mit den Kindern und Jugendlichen stattgefunden hat.

Er regt an, ob man so eine Befragung in das Verkehrserziehungsprojekt mit einbeziehen kann.

Herr Metzging spricht an, dass es auch wichtig wäre mit den Eltern über einen sicheren Schulweg zu sprechen. Warum fahren viele Elternteile ihre Kinder zur Schule und lassen das Kind nicht laufen?

Herr Metzging spricht die jährlichen Unterhaltungskosten für die Fußgängerüberwege im Stadtgebiet an, diese wurden im Änderungsantrag des Oberbürgermeisters angesprochen. Er fragt sich, ob sich um den Fußgängerüberweg an der Luisenschule, in der Hohen Straße, letztes Jahr gekümmert wurde, weil dieser fast nicht mehr zu sehen ist. Genau so sieht es bei dem Fußgängerüberweg am Pfeilergraben aus.

Herr Weiß regt an, das man versuchen sollte, die Elterntaxis zu reduzieren und die Sicherheit des Schulweges durch mehr Angebote zu verbessern.

Herr Bremer spricht die Situation früh morgens vorm Stephaneum Haus II an. Er fühlt sich da nicht so sicher, weil fast jedes Kind von einem Elternteil bis vor die Schultür gefahren wird. Er fragt nach, was man gegen diese Unsicherheit tun kann. Weiterhin möchte Herr Bremer wissen, ob es möglich ist, die Elterntaxis auf einen Supermarktparkplatz zu verweisen.

Herr Grossy teilt mit, dass dieser Straße eine 30 iger Zone ist und das wahrscheinlich jedes Elternteil eine Fahrerlaubnis besitzt. Die Unsicherheit kann ihnen keiner nehmen. Die Stadt verweist nicht auf Parklätze, generell wird gesagt, dass der Punkt, die Kinder abzusetzen nicht unmittelbar vor der Schule sein sollte. Dieses Problem findet man an jeder Schule so vor. Die Stadt kann nur im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten

die Straßen organisieren und verkehrsregelnde Maßnahmen organisieren.

Herr Schigulski sieht die Maßnahme, das die Schulen, die Eltern und die Schüler befragt und mit einbezogen werden sollen, eine gute Möglichkeit um die Problem mit den vielen Autos vor den Schulen in den Griff zu bekommen.

Herr Oberbürgermeister Amme geht auf die Einbeziehung der Schulen, Eltern und Kinder ein. Er sagt, das regelmäßig Gespräche mit den Schulleitern stattfinden und es gab bisher keine negativen Rückmeldungen über die Sicherheit des Schulweges.

Herr Metzging regt an, über diese beiden Anträge der Fraktionen noch einmal, vielleicht in einer der kommenden Fraktionsrunden zu diskutieren.

Herr Schugulski weist darauf hin, wenn man die Anträge noch einmal mitnimmt, das diese dann nicht in der Stadtratssitzung behandelt werden. Dann können die Anträge in der nächsten Beratungsrunde der STEWA Sitzung wieder aufgenommen werden. Allerdings schlägt Herr Schigulski vor, dass diese Anträge beim nächsten mal abgeändert bzw. angepasst werden müssen, um neue Gesichtspunkte zu erhalten.

Herr Obrbürgermeister Amme weist darauf hin, dass für den Antrag A/0119/2025 der Fraktionen Die Linke/ SPD/ Die Grünen, der heutige Ausschuss federführend ist und bittet um ein Votum, diesen Antrag nicht in die nächste Stadtratssitzung am 22.04.2026 einzubringen, sondern auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen. Bei dem Antrag A/0117/2025 der Fraktion AfD/ BAFA möchte der Oberbürgermeister auch so verfahren, allerdings erst bei dem nächsten Ausschuss für Ordnung- Recht- und Kommunales.

Herr Schigulski stellt den Antrag A/0119/2025 zur Abstimmung, um diesen auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**8 ja**

**0 nein**

**0 Enthaltungen**

zu 7

*Anfragen und Anregungen*

Herr Bremer möchte wissen, warum der Teilabschnitt der Bundesstraße zwischen dem Kreisverkehr Ermslebener Str. in Richtung Welbsleben nicht freigegeben wird.

Herr Schugulski teilt mit, dass dieser Teil nicht freigegeben wird, um Welbsleben zu schonen. Da sonst noch deutlich mehr Verkehr durch Welbsleben fahren würde.

Weiterhin möchte Herr Bremer wissen, ob die Stadt wieder beim Stadtradeln teilnehmen wird und wer dafür zuständig ist.

Herr Oberbürgermeister Amme antwortet auf die Frage zur Teilnahme am Stadtradeln mit einem klaren ja. Die Zuständigkeit liegt wie im letzten Jahr bei Frau Severin und Herrn Fischer. Dazu wird es in der nächsten Woche einen Abstimmungstermin mit dem Landkreis geben.

Herr Bremer möchte wissen, wie weit die Vorbereitungen für das integrierte Klimaschutzkonzepte sind.

Herr Oberbürgermeister Amme antwortet, dass Herr Eley letzte Woche durch einen Termin zur Vorstellung des Abschlusses der Kommunalen Wärmeplanung gebunden war. Das hatte Priorität. Der dazugehörige Plan wird am 30.03. ausgelegt. Herr Eley soll diesen zu allen Ortschaftsrat Sitzungen und beim Stadtrat vorstellen.

Herr Metzging möchte wissen, ob von Seiten der Verwaltung eine Stellungnahme zum Bau der A 36 in Bezug auf Emmisionsschutz und einer Lärmschutzwand abgegeben wurde. Weiterhin fragt er nach, ob von Seiten der Stadt Maßnahmen geplant sind, um auf die Anliegen der Anwohner von der Stadtrandsiedlung und in der Winninger Siedlung einzugehen.

Herr Oberbürgermeister Amme antwortet, dass es dazu eine schriftliche Antwort geben wird.

Herr Lampaduis möchte wissen, ob sich wegen des Antrages A/109/2025 der Fraktion CDU/FDP von Dr. Planert vor gut einem Jahr, bezüglich der unbefestigten Straßen im Stadtgebiet was neues ergeben hat.

Herr Oberbürgermeister Amme teilt mit, dass diese Anfrage schriftlich beantwortet wird.

Weiterhin teilt er mit, dass zur Zeit eine Prüfung neuer Technik stattfindet, um nicht immer ständig aufschottern zu müssen.

zu 8

*Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung*

Herr Schigulski schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.